

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Nummer 6 · 19. April 2004 · www.cdu-csu-ep.de



Wir in Europa – Für Sie in Europa

Das Jahr 2004 ist ein Schlüsseljahr in der Europapolitik: Durch den Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai wird die Europäische Union größer. Wir wollen, dass sie damit auch stärker wird.

In diesem Jahr werden wichtige Weichen für die Zukunft Europas und damit auch für Deutschland gestellt: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt steht auf dem Spiel. ▶

Inhalt

Zur Sache: Europa
Teil 1
Seite 2

kurz & bündig:
Aus der EVP-ED-Fraktion
Seite 7

Für ein bürgernahes Europa

► Der Verfassungsvertrag muss unter Dach und Fach gebracht werden. Im Dezember entscheidet der Europäische Rat über die Zukunft der Beziehungen der EU zur Türkei.

Eine starke CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament ist wichtig, damit Europa eine gute Verfassung bekommt, eine stabile Währung behält, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze wieder in Deutschland und Europa entstehen sowie innere und äußere Sicherheit vor Terroristen und organisierter Kriminalität gewährleistet werden. Für diese Ziele werden wir uns auch in Zukunft in Europa einsetzen.

Über uns

Die CDU/CSU-Gruppe ist mit 53 von insgesamt 99 deutschen Europaabgeordneten die stärkste nationale Delegation im Europäischen Parlament.

Als Teil der EVP-ED-Fraktion, die mit 232 Abgeordneten aus den 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union

die größte des Parlaments ist, arbeitet die CDU/CSU-Gruppe beharrlich und erfolgreich am Aufbau der Europäischen Union mit.

Die Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe setzen sich für ein geeintes, offenes, vielseitiges und humaneres Europa der Werte ein. Für uns ist die Europäische Union nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch eine Wertegemeinschaft, die auf der christlich-abendländischen Kultur unseres Kontinents beruht.

Unsere Politik gibt Antwort auf die Bedürfnisse der Menschen: Mehr sichere Arbeitsplätze, mehr Sicherheit vor Kriminalität und Terror, besserer Verbraucherschutz, eine sauberere Umwelt.

Das Europäische Parlament – wichtig für die Zukunft Europas.

Das Europäische Parlament ist durch die beachtliche Ausweitung seiner Rechte in jüngster Zeit zu einem

Im Internet

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament: www.cdu-csu-ep.de

Die EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament: www.evp-ed.org

Die Europäische Volkspartei (European People's Party): www.eppe.org

entscheidenden Machtfaktor in der Europäischen Union geworden.

Die Abgeordneten entscheiden wesentlich über die künftige Richtung der europäischen Politik und die Führung der EU mit. Eine starke CDU/CSU-Gruppe und damit eine starke EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament sind wichtige Voraussetzungen, um Fehlleistungen der rot-grünen Bundesregierung in der Europapolitik zu korrigieren.

Wir stehen für ein Europa der Freiheit, der Vielfalt, des Wettbewerbs, der Subsidiarität und der Solidarität. Dieses Modell setzen wir der sozialistischen Vorstellung eines zentralistischen Europas der Bevormundung und Umverteilung entgegen.

Europa wächst zusammen

Die Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedstaaten zum 1. Mai 2004 stellt einen mutigen historischen Schritt dar zur Wiedervereinigung unseres Kontinents.

Der Beitritt dieser Länder ist eine große Chance, dem Kontinent dauerhaften Frieden, Freiheit, Sicherheit und weiteren Wohlstand zu bringen. Die Erweiterung wird die Gräben zuschütten, die der Zweite Weltkrieg aufgerissen und der Eiserne Vorhang verfestigt hatten. Die Osterweiterung überwindet die künstliche Teilung des Kontinents und vereint Europa. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Stabili-



tät unseres Kontinents und stärkt das Gewicht der Europäischen Union in der Welt.

Noch bestehende Defizite in Verwaltung und Justiz der Beitrittsstaaten bei der Umsetzung und Anwendung des EU-Rechts müssen so schnell wie möglich beseitigt werden, damit die großen Chancen des Binnenmarktes voll genutzt werden können.

Auf Drängen der CDU/CSU wurden Übergangsregelungen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit und in besonders sensiblen Bereichen der Dienstleistungsfreiheit vereinbart, um Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden. Die Erweiterung darf nicht zu Einbußen bei der inneren Sicherheit führen. Die Bekämpfung der organisierten und grenzüberschreitenden Kriminalität und die Sicherung der künftigen Außengrenzen gegen illegale Einwanderung gehören daher zu den politischen Prioritäten der CDU/CSU-Gruppe. Ein Wegfall der Personenkontrollen an den Grenzen zu den neuen Mitgliedstaaten darf erst erfolgen, wenn sicher gestellt ist, dass die Standards nach dem Schengener Abkommen dauerhaft erfüllt werden.

Eine neue Türkei-Politik – privilegierte Partnerschaft statt EU-Mitgliedschaft

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament bekennt sich entschieden zu einem freundschaftlich geprägten, partnerschaftlichen Verhältnis zur Türkei.

Dieses Land gehört traditionell zu den Freunden Deutschlands und war während des kalten Krieges unter schwierigen Bedingungen ein verlässlicher Partner des unsere Existenz sichernden atlantischen Bündnisses. Ein Beitritt der Türkei würde jedoch aus heutiger Sicht die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union bei weitem überfordern. Der Türkei dürfen daher keine unrealistischen Versprechungen hinsichtlich eines Datums zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gemacht werden. Dies wäre in höchstem Maße unfair.

Ein Nein zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ist jedoch keine

hinreichende Antwort auf die Frage nach der weiteren Ausgestaltung der Beziehungen der Türkei zur Europäischen Union.

Die CDU/CSU-Gruppe tritt daher jetzt wie in der Vergangenheit dafür ein, nicht nur in der Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik eine verstärkte Zusammenarbeit voranzutreiben, sondern auf allen Politikfeldern, auf denen beide Seiten ein Interesse an größerer Gemeinsamkeit haben. Zu der bereits bestehenden Zollunion könnte eine Freihandelszone, Finanzhilfen, Jugend-, Bildungs- und Kulturprogramme hinzukommen.

Eine solche privilegierte Partnerschaft mit der Türkei wäre besser und ehrlicher als langjährige, inhaltliche und als diskriminierend empfundene Verhandlungen über einen Beitritt, für den die notwendigen Voraussetzungen auf absehbare Zeit nicht erfüllt werden können und deren Ausgang ungewiss sein müsste. Das Verhältnis zur Türkei darf nicht auf die von der rot-grünen Bundesregierung aufgebaute

Im Internet

Nachrichten, Dokumente und sonstige Informationen zur Erweiterung der Europäischen Union finden Sie auf folgenden Web-Seiten:

Generaldirektion Erweiterung der Europäischen Kommission:

www.europa.eu.int.comm/enlargement

Website der Europäischen Union in Deutschland zur EU-Erweiterung:

www.mehr-europa.de

Auswärtiges Amt:

www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/vertiefung/erweiterung_html

illusorische Mitgliedschaftsperspektive verengt oder gar für kurzfristige innenpolitische Vorteile missbraucht werden; es muss auf eine dauerhafte partnerschaftliche Beziehung gründen – zum dauerhaften Nutzen und Wohle aller Beteiligten.

Für Sparsamkeit und Effizienz

Der weltweite Wettbewerb und demographische Veränderungen zwingen die Staaten Europas zu Strukturereformen und zur Konsolidierung ihrer Haushalte.

Angesichts dieser Sparsbemühungen in den Mitgliedstaaten muss auch für den Haushalt der Europäischen Union Sparsamkeit das oberste Prinzip sein.

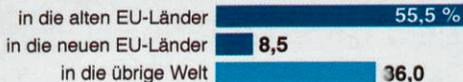
In einer erweiterten EU muss daher zunächst eine Aufgabenkritik der EU erfolgen. Erst danach kann die Frage beantwortet werden, wie viele Mittel benötigt werden. Die neue finanzielle Vorausschau muss sich an der künftigen Größe der EU, ihren Aufgaben und dem Gebot der Sparsamkeit orientieren. Erst aus der Aufgabendefinition kann das dafür notwendige Ausgabenvolumen bestimmt werden. Dabei ist die finanzielle Belastbarkeit der Mitgliedstaaten zu beachten. Die Ausgaben müssen begrenzt werden, um den Reformdruck auf die ausgabenrelevanten Politiken der EU aufrechtzuerhalten. So können die erforderlichen

haus- haltspolitischen Spielräume beispielsweise für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gewonnen werden.

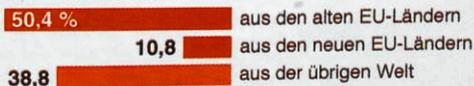
Das Europäische Parlament muss in seiner Kontrollfunktion gegenüber der Kommission gestärkt werden. Nur so können überbordende Bürokratie, Misswirtschaft, Schlampereien und Betrügereien eingeschränkt und bekämpft werden. Die Ausgaben müssen noch besser kontrolliert werden. Das Europäische Parlament ist hierfür die einzige demokratisch legitimierte Kontrollinstanz. CDU und CSU treten daher für ein starkes Parlament ein, das im Interesse des europäischen Steuerzahlers seine Kontrollmöglichkeiten ausschöpft. Eine EU-Steuer lehnen wir strikt ab.

Deutschlands Handel mit der EU

Von den Ausfuhren Deutschlands gehen



Von den Einfuhren Deutschlands kommen



alte EU-Länder: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien sowie Deutschland

neue EU-Länder: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern (seit Mai '04)

Quelle: Stat. Bundesamt Stand 2003

© Globus



Für Stabilität und Wachstum

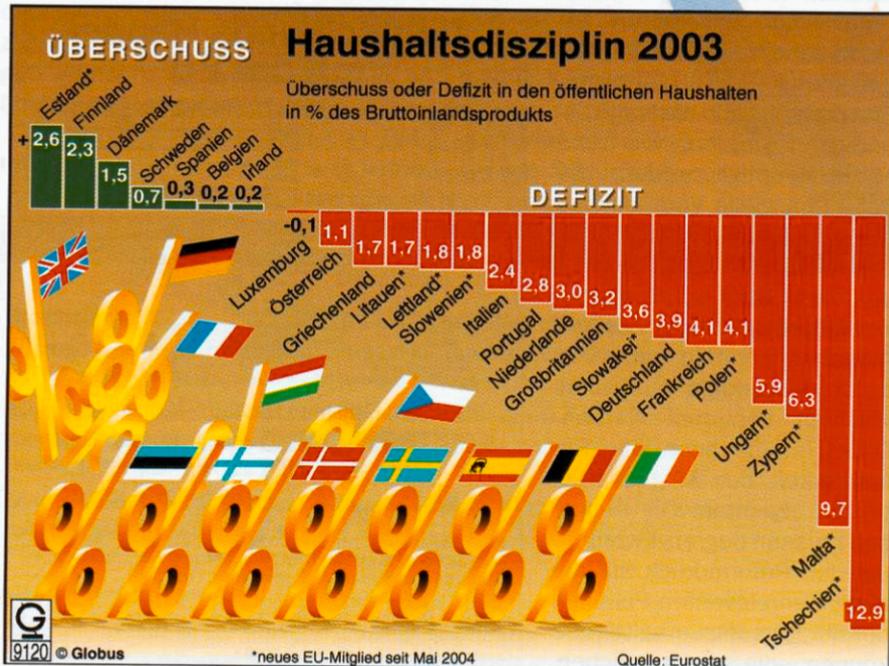
Rot-Grün hat die Axt an den Stabilitäts- und Wachstumspakt gelegt.

Deutschland wird im Jahr 2004 zum dritten und 2005 vermutlich zum vierten Mal in Folge die Defizitgrenze nicht einhalten können. Gezielt unterminieren die deutsche Bundesregierung und die französische Regierung den Stabilitäts- und Wachstumspakt – ein europäischer Sündenfall erster Ordnung.

Die dauerhafte Stabilität des Euro kann aber nur gewährleistet werden, wenn der Stabilitäts- und Wachstumspakt streng angewandt wird. Gerade für eine junge Währung wie den Euro ist das Vertrauen in ihre langfristige Stabilität unverzichtbar. Ein Vertrauensverlust würde

der Investitionsbereitschaft in der Eurozone schaden und damit die Wachstumskräfte schwächen. Für die Beitrittsländer, die der Eurozone beitreten wollen, ist das vertragswidrige Verhalten der rot-grünen Bundesregierung ein fatales Signal.

Nach wie vor gibt es Skeptiker, die den dauerhaften Bestand der europäischen Währungsunion bezweifeln. Dies wäre jedoch ein schwerer Schlag für das gesamte europäische Einigungswerk. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament wird daher weiter für die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes kämpfen. Nur durch strikte Haushaltsdisziplin, die auch ohne den Stabilitätspakt unabdingbar für eine verantwortliche Haushaltspolitik wäre, kann der Anfangserfolg der europäischen Gemeinschaftswährung gesichert werden.



kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ Rat soll EU-Verfassung bis Juni verabschieden

Grundsätzlich begrüßt hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering**, das politische Signal des EU-Frühjahrgipfels für eine Einigung über die Europäische Verfassung spätestens bis zum nächsten Gipfeltreffen am 17. Juni des Jahres: „Die Europäische Union hat damit ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt und deutlich gemacht, dass sie auch in einer größeren Union in der Lage ist, notwendige politische Entscheidungen zur richtigen Zeit herbeizuführen“. Der Fraktionsvorsitzende sprach sich dafür aus, möglichst noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni auf einem Sondergipfel einen entsprechenden Beschluss zu treffen. Dies setze jedoch die Bereitschaft aller Beteiligten zu den erforderlichen Kompromissen ebenso voraus wie den Willen, zu den dann gefassten Entscheidungen zu stehen. Die bisher erfolgreiche Verhandlungsführung der irischen Ratspräsidentschaft zeige zudem einmal mehr, dass gerade die kleineren Länder äußerst effizient und erfolgreich eine Führungsrolle in der Europäischen Union spielen können.

Als deutlich weniger erfolgreich bewertete Pöttering dagegen das Gipfelergebnis im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Verwirklichung der Lissabonner Wachstumsziele. So fehlten nach wie vor kon-

krete Beschlüsse zur Umsetzung dieser Ziele, von denen die Europäische Union meilenweit entfernt sei. Hier habe der Gipfel außer den üblichen Absichtserklärungen keinerlei Ergebnisse vorzuweisen. Der Fraktionsvorsitzende begrüßte ferner die Einsetzung eines EU-Koordinators zur Terrorbekämpfung, bezeichnete aber die Schaffung neuer Posten als allein nicht ausreichend. Vielmehr müssten die EU-Mitgliedstaaten bereit sein, die notwendigen Maßnahmen wie den Europäischen Haftbefehl, den Ausbau von Europol oder den Informationsaustausch zwischen den Geheimdiensten der Mitgliedstaaten endlich umzusetzen.

■ Studientage der EVP-ED-Fraktion in Wien

Im Rahmen ihrer Studientage in Wien hat sich die EVP-ED-Fraktion unter anderem mit folgenden Schwerpunktthemen befasst: Zukunft der institutionellen Reformen, Folgen der Erweiterung und wirtschaftliche Weiterentwicklung der Europäischen Union. Unter dem Vorsitz des Fraktionsvorsitzenden **Hans-Gert Pöttering** diskutierten zahlreiche Europaabgeordnete und Gäste wie der österreichische Bundeskanzler **Wolfgang Schüssel**, Österreichs Außenministerin **Benita Ferrero-Waldner** oder der kroatische Ministerpräsident **Ivo Sanader** mögliche Reformansätze und die Perspektiven

einer auf 25 Mitgliedstaaten angewachsenen Europäischen Union. Dabei übten einige Referenten Kritik an Kommission und Rat, denn viele der notwendigen Reformen in der Wirtschafts- und Haushaltspolitik seien genauso wenig umgesetzt worden wie eine Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung und hinsichtlich des Schutzes der EU-Außengrenzen.

■ Für eine parlamentarische Versammlung EU-Mittelmeer

Der griechische Vizepräsident des Europäischen Parlaments und EVP-Abgeordnete **Giorgios Dimitrakopoulos** hat die Einrichtung einer parlamentarischen Versammlung im Rahmen der bereits bestehenden Partnerschaft EU-Mittelmeer gefordert. Ähnlich wie bei der Gemeinsamen Versammlung der EU-Mitgliedsländer und der Staaten des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raumes (AKP) könne damit ein erheblicher Beitrag zur Institutionalisierung der Zusammenarbeit und zur Lösung von politischen Fragen rund um das Mittelmeer geleistet werden. Gerade angesichts der wachsenden Spannungen im Nahen Osten und des steigenden Einwanderungsdrucks aus Nordafrika sei eine engere Kooperation genauso wichtig wie die Sicherung

von Frieden und Stabilität in der gesamten Mittelmeerregion. Dazu bedürfe es allerdings auch des notwendigen institutionellen Rahmens als Basis.

■ Neue Perspektiven für Lateinamerika

Im Rahmen einer von ihm organisierten Anhörung hat der italienische Europaabgeordnete **Mario Mauro** neue politische Perspektiven für Lateinamerika gefordert. Vor dem Hintergrund des Wegfalls der durch den Zweiten Weltkrieg entstandenen Blockbildung, aber auch angesichts der erheblichen Zweifel an einer unipolaren Weltordnung unter alleiniger Dominanz der USA bestünden erhebliche Entwicklungsmöglichkeiten für regionale Machtzentren, wie zum Beispiel Lateinamerika, das in enger Partnerschaft mit den USA dennoch eigene politische Akzente setzen könne. Angesichts der weltweiten Bedrohung durch Fundamentalismus und Terrorismus sei die Schaffung von regionalen Zusammenschlüssen wie der Europäischen Union, den ASEAN-Staaten im asiatischen Raum und eben in Südamerika wichtiger denn je für Sicherheit und Stabilität geworden.

*Knut Gölz, EVP-ED-Pressestelle,
kgolz@europarl.eu.int*

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egernmannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.